

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 2ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Hrth. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Erscheinung in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. E. Ueberer,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haj,
8. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 29.

Mittwoch, 11. März.

1874.

Das Reichs-Militärgesetz.

II.

Das die Nationalen dumm sind — trotz aller Geschichts-
Lasterchens — das wissen wir längst und das wissen sie selber.
Das sie aber so dumm sind wie Molke sie dafür hält, das hätten
wir doch nicht geglaubt. Der große Schweiger hat im Reichstage
eine ganze Stunde gesprochen und ist doch der große Schweiger
geblieben: er hat nämlich seinen Zuhörern so ziemlich Alles ver-
schwiegen, was er selbst glaubt. Nur in zwei Dingen hat er seine
Ansicht rund ausgesprochen: erstens darin, daß der fatale § 1
absolut notwendig sei, und zweitens in dem famosen Satz: „Was
wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen, das müssen
wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es
uns nicht wieder entrisen wird. Wir haben seit unseren glück-
lichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends ge-
wonnen.“

Habemus constantem reum. Hier haben wir den Schul-
digen zum Geständnis gebracht. Als Preußen, nach Sedan, mit
seinen Annexionsforderungen herandrückte, hieß es: die neue Grenze
ist einzig durch die strategische Nothwendigkeit bedingt, wir neh-
men nur das, was wir absolut brauchen, um uns zu decken;
innerhalb dieser neuen Grenze und nach Vollendung unserer Ver-
festigungen können wir dann jedem Angriffe ruhig entgegensehen.
— Und so ist es, rein strategisch gesprochen, in der That.

Die besetzte Rheinlinie mit ihren drei großen Kernplätzen
Köln, Koblenz, Mainz, hatte nur zwei Fehler: erstens wurde sie
umgangen durch Straßburg, und zweitens fehlte ihr eine vorge-
schobene Linie fester Punkte, die der ganzen Stellung Tiefe gab.
Die Annexion von Elsaß-Lothringen half beiden Fehlern ab.
Straßburg und Metz bilden jetzt die erste Linie, Köln, Koblenz,
Mainz die zweite; Alles Festungen erster Ordnung, mit weit vor-
geschobenen Forts und sähig, der modernen gezogenen Artillerie
Widerstand zu leisten; dabei liegen sie in solchen Entfernungen
von einander, wie sie den kolossalen Heeren der Gegenwart zu
freier Bewegung am dienlichsten sind und in einem der Verthei-
digung äußerst günstigen Terrain. So lange die Neutralität Bel-
giens respektirt wird, kann ein französischer Angriff leicht auf den
schmalen Strich Landes zwischen Metz und den Vogesen beschränkt
werden; man kann sich, wenn man will, gleich Anfangs hinter
den Rhein ziehen und die Franzosen zwingen, sich vor der ersten
Hauptschlacht durch Truppenbewegungen gegen Metz, Straßburg,
Koblenz und Mainz zu schwächen. Es ist eine Stellung, der in
ganze Europa an Stärke keine zweite gleichkommt; das venetianische
Festungsviereck war ein Kinderspielzeug, verglichen mit dieser fast
uneinnehmbaren Position.

Und gerade die Eroberung dieser fast uneinnehmbaren Stel-
lung zwingt Deutschland, nach Molke, das Errungene ein halbes
Jahrhundert lang mit den Waffen zu vertheidigen! Die stärkste
Stellung vertheidigt nicht sich selbst, sie will vertheidigt sein; zum
Vertheidigen gehören Soldaten; je stärker also die Stellungen,
desto mehr Soldaten sind nöthig, und so weiter im ewigen laster-
haften Bittel. Dazu kommt noch, daß der wiedergewonnene „ver-
lorene Bruderstamm“ in Elsaß-Lothringen von der Mama Ger-
mania nun einmal plattberaus nicht wissen will, und daß die
Franzosen unter allen Umständen gezwungen sind, bei der nächsten
Gelegenheit die Befreiung der Elsaßer und Lothringer aus der
germanischen Umarmung zu versuchen. Die starke Stellung wird
also dadurch ausgenutzt, daß Deutschland die Franzosen gezwun-
gen hat, Jedem, der es angreifen will, zur Seite zu stehen. Mit
anderen Worten, die starke Stellung enthält in sich den Keim
einer europäischen Koalition gegen das deutsche Reich.
— Und an dieser Thatsache ändern alle Dreikaiser- und Zweikaiser-
Verträge und Trakte absolut nichts, wie das Niemand besser weiß
als Molke und Bismarck; und wie Molke das auch in direkter
Weise zum Ausdruck bringt, in dem melancholischen Sage: „Wir
haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe
nirgends gewonnen!“

Soweit die Molkesche Wahrheit. Kommen wir jetzt auf
die Molkesche Dichtung.

Wir gehen nicht ein auf das sentimentale Geseufze, womit der
große Stratege sein Leidwesen darüber zu erkennen giebt, daß das
Militär leider nun einmal zum Besten des Volks solche kolossale
Summen verzeihen muß, und wo er sich gewissermaßen als preu-
scher Cincinnatus hinstellt, der nichts sehnlicher wünscht, als vom
General-Feldmarschall zum Kappebauer befördert zu werden. Noch
weniger auf die schon dagewesene Theorie, daß von wegen der
schlechten Erziehung der Nation durch den Schulmeister, jeder
Deutsche drei Jahre lang auf die hohe Schule geschickt werden
müsse, wo der Unteroffizier Professor ist. Wir sprechen hier nicht
von Nationalen, wie dies der arme Molke zu thun nöthig hatte.
Wir gehen gleich über zu den riesenhaften militärischen Bären, die
— unter allgemeiner Heiterkeit des großen Generalstabes —
ihnen erkannten Zuhörern ausband.

Es handelt sich wieder darum, die großen deutschen Rüstungen
durch die angeblich noch größeren der Franzosen zu rechtfertigen.
Und da enthält Molke dem Reichstage, daß die französische Re-
gierung schon heute berechtigt ist, für die aktive Armee 1,200,000
Mann für die Territorialarmee über 1 Million Männer zu den
Waffen zu rufen. Um diese „auch nur theilweise“ einzustellen zu
können, hätten die Franzosen ihre Cadres vermehrt. Sie hätten
152 Infanterie-Regimenter (gegen 116 vor dem Kriege) 9
neue Jägerbataillone, 14 neue Kavallerie-Regimenter, 323 Bat-
talions, statt früher 164. Und „diese Augmentationen sind noch
nicht geschlossen“. Die Friedenspräsenzstärke beträgt 48,000 Mann

mehr als 1871, sie ist auf 471,170 Mann festgestellt. Statt der
8 Armeekorps, mit denen die Franzosen uns zu Anfang des Krie-
ges entgegenzogen, stellt Frankreich künftig 18 und ein neunzehntes
für Algier; die Nationalversammlung zwingt der Regierung ge-
radezu Gelder für Rüstungen auf, die Kommunen schenken Exer-
cienplätze und Offizierskasinos, kaufen aus eigenen Mitteln Kasernen,
beweisen einen fast gewaltigen Patriotismus, wie er in Deutsch-
land nur zu wünschen wäre — kurz Alles bereitet sich vor auf
den großen Revanchekrieg.

Wenn nun die französische Regierung Alles das gethan hätte,
was ihr Molke zu Gute hält, so hätte sie nichts weiter gethan
als ihre Schuldigkeit. Nach solchen Niederlagen wie die von 1870,
ist es die erste Pflicht der Regierung, die Wehrkraft der Nation
soweit zu entwickeln, daß man gegen die Wiederholung solcher
Unfälle gesichert ist. Den Preußen war 1806 ganz dasselbe passiert;
ihre ganze altfränkische Armee wurde kostenfrei und kriegsgefangen
nach Frankreich befördert; nach dem Kriege bot die preussische Re-
gierung Alles auf, um das ganze Volk wehrhaft zu machen; die
Leute wurden nur 6 Monate lang eingeübt, und trotz Molke's
Abscheu vor den Milizen haben wir Blücher's Zeugniß, daß diese
„Landwehr-Pattelnöhne“, wie er sich ausdrückte, nach den ersten
Gefechten ebenso gut waren, wie die Linienbataillone. Handelte
die französische Regierung ebenso, setzte sie alle Kräfte daran, in
fünf bis sechs Jahren eine Wehrhaftmachung der ganzen Nation
durchzuführen — sie thät nur ihre Schuldigkeit. Aber im Gegen-
theil. Mit Ausnahme der Neubildungen von Bataillonen, Schwad-
ronen und Batterien, die bis jetzt nur die Höhe der deutschen
Linien-Organisation erreichen, besteht alles Andre nur auf dem
Papier, und Frankreich ist militärisch schwächer denn je.

„Man hat, sagt Molke, in Frankreich alle unsere militärischen
Einrichtungen getreulich kopirt. . . man hat vor Allem die all-
gemeine Wehrpflicht eingeführt, und dabei eine zwanzigjährige Ver-
pflichtung zu Grunde gelegt, während wir nur eine zwölfjährige
haben.“ — Und wenn dem in Wirklichkeit so wäre, woraus redu-
cirt sich der Unterschied der 20 und der 12 Jahre? Wo ist der
Deutsche, der nach 12 Jahren seiner Landwehrverpflichtung wirklich
entlassen wäre? Heißt es nicht überall: die 12 Jahre gelten erst
dann, wenn wir Leute genug haben, bis dahin müßt ihr 14, 15,
16 Jahre in der Landwehr bleiben? Und wofür haben wir denn
den verschollenen Landsturm wieder ausgegraben, als um jeden
Deutschen, der einmal zweierlei Tuch getragen, bis an sein seliges
Ende dienstpflichtig zu erhalten?

Aber nun hat es mit der allgemeinen Wehrpflicht in Frank-
reich noch eine ganz besondere Bewandnis. In Frankreich fehlen
eben die preussischen halbfeudalen Ostprovinzen, die die eigentliche
Grundlage des preussischen Staats und des neuen deutschen Reichs
bilden; Provinzen, aus denen man Rekruten zieht, die unbedingt
gehörten und auch nachher, als Landwehrleute, nicht viel klüger
werden. Schon die Ausdehnung der allgemeinen Dienstpflicht auf
die Westprovinzen zeigte 1849, daß Eines sich nicht schied für
Alle; ihre jetzt erfolgte Ausdehnung auf ganz Deutschland wird
längstens nach Verlauf von Molke's beliebten zwölf Jahren —
wenn das Krämchen überhaupt so lange vorhält — die waffen-
geübten Leute schaffen, die die Molke's und Bismarck's außer
Brot setzen. — Also in Frankreich existirt nicht einmal die Grund-
lage, auf der die allgemeine Dienstpflicht der Reaction gehorsame
Soldaten schaffen kann. In Frankreich war der preussische Unter-
offizier schon vor der großen Revolution ein überwundener Stand-
punkt. Der Kriegsminister Saint-Germain führte 1786 die preu-
sische Stockprügel ein; die geprügelten Soldaten erschossen sich,
und die Stockprügel mußten noch im selben Jahre abgeschafft
werden. Man führe die allgemeine Dienstpflicht wirklich in Frank-
reich ein, man bilde die Masse der Bevölkerung in der Waffe
aus, und wo blieben da Thiers und Mac Mahon? Aber Thiers
und Mac Mahon — wenn auch wahrhaftig keine Genies — sind
auch nicht solche Schuljungen — wie Molke sie darstellt. Auf
dem Papiere haben sie die allgemeine Dienstpflicht hergestellt,
allerdings; in Wirklichkeit haben sie mit der größten Hartnäckigkeit
auf der fünfjährigen Dienstzeit unter der Fahne bestanden.
Nun weiß Jeder, daß schon mit der preussischen dreijährigen
Dienstzeit die allgemeine Wehrpflicht vollständig unvereinbar ist:
entweder erhält man dabei für Deutschland eine Friedenspräsenz
von mindestens 600,000 Mann, oder man muß Leute sich frei-
los lassen, wie dies geschieht. Welche Friedenspräsenz würde
nun eine fünfjährige Dienstzeit bei allgemeiner Wehrpflicht in
Frankreich ergeben? Beinahe eine Million; aber selbst Molke
bringt es nicht fertig, den Franzosen die Hälfte anzubieten.

An demselben Tage, wo Molke seinen Zuhörern so erstaunlich
komponirte, veröffentlichte die „Kölnische Zeitung“ eine „militärische
Mittheilung“ über die französische Armee. Diese militärischen
Mittheilungen kommen der „Köln. Ztg.“ aus sehr guter offiziel-
Quelle zu, und wird der betreffende militärische „Sachverhalt“ für
den so ausgezeichnet zur Unzeit geschossenen Bod einen ganz be-
sondern Deutlichkeit erhalten haben. Der Mann sagt nämlich
wirklich die Wahrheit. Er erklärt, die neuesten offiziellen fran-
zösischen Zahlenangaben bewiesen, daß Frankreich die sich in seinem
neuen Wehrgesetz gestellte militärische Aufgabe auch bei der äußersten
Kraftanstrengung schwerlich zu erfüllen im Stande sein dürfte.“
Nach ihm ist „der diesjährige Stand der Armee zu 442,014 Mann
normirt worden.“ Davon gehen zunächst ab die republikanische
Garde-Gendarmarie mit 27,500 Mann; „thatsächlich stellt sich
die eigentliche Heeresstärke indes nach den für die einzelnen Waffen-
gattungen aufgestellten Etatsziffern nur auf 389,965 Mann.“
Hiervon sind abzutreiben „die gewordenen Truppen (das Fremden-
Regiment, die eingeborenen algerischen Truppenteile), die Ver-

waltungs-Truppenkörper und die Cadres an Unteroffizieren und
Capitulanten, welche insgesammt nach den früheren authentischen
französischen Angaben zu 120,000 Mann normirt wurden. Den
wirklichen Effectivbestand derselben jedoch nur zu 80,000 Mann
angenommen, verbleibt in Bezug auf die Rekrutierung nur noch
ein thatsächlicher Armeebestand von 309,000 Mann, welcher sich
aus fünf Jahrgängen des ersten und einem des zweiten
(Reserve) Kontingents zusammensetzt. Der eine Jahrgang
dieses zweiten Kontingents umfaßt 30,000 Mann und würde sich
danach der Dienstjahrgang des ersten Kontingents wie
die Jahres-Rekruten-Einstellung für dasselbe zu je
55,800 Mann berechnen. Dazu treten dann die 30,000 Mann
des zweiten Kontingents, so daß die höchstgegriffene Jahres-
rekrutierung der französischen Armee sich doch immer nur
auf 99,714 Mann bemessen würde.“

Also: die Franzosen stellen jährlich etwa 60,000 Mann zu
fünfjähriger Dienstzeit ein, macht in 20 Jahren 1,200,000 Mann,
und wenn wir die Abgänge, wie sie sich bei der preussischen Land-
wehr thatsächlich herausgestellt, abrechnen, höchstens 800,000 Mann.
Ferner 30,000 Mann zu einjähriger Dienstzeit — was nach Molke
untangliche Milizen sind — macht in 20 Jahren 600,000 Mann.
nach Abzug der Abgänge höchstens 400,000 Mann. Wenn also
die Franzosen den von Molke so gerühmten Patriotismus zwanzig
Jahre lang ungestört getrieben haben werden, so werden sie dann
endlich den Deutschen, statt der Molkeschen 2,200,000 Mann,
höchstens 800,000 geübte Soldaten und 400,000 Milizen ent-
gegenstellen können, während Molke schon jetzt reichlich anderthalb
Millionen vollständig geübter deutscher Soldaten mobil machen
kann. Danach bemesse man die Heiterkeit, die Molke's — im
Reichstage angestaunte — Rede im großen Generalstab zu Wege
gebracht hat.

Man muß es Molke lassen: so lange er mit einfältigen Geg-
nern zu thun hatte wie Benedict und Louis Napoleon, so lange
hat er sich einer durchaus ehrlichen Kriegsführung befleißigt. Er
hat die von Napoleon I. entdeckten strategischen Regeln pünktlich,
peinlich und gewissenhaft befolgt. Kein Feind konnte ihm vor-
weisen, daß er sich je der Ueberschätzung, des Hinterhalts oder
sonst einer vulgären Kriegskunst bedient habe. Man konnte dem-
gemäß daran Zweifel aufwerfen, ob Molke wirklich ein Genie sei.
Dieser Zweifel ist gefallen, seit Molke ebenbürtige Gegner zu be-
kämpfen hat — die Genies im Reichstage. Ihnen gegenüber hat
er bewiesen, daß er seine Gegner auch übertölpeln kann wenn es
sein muß. Kein Zweifel mehr: Molke ist ein Genie.

Was indes Molke von den französischen Rüstungen wohl
wirklich halten mag? Auch dafür haben wir einige Anzeichen. —
Molke und Bismarck verheßten sich nicht, grade wie die
Siege von 1866 in der französischen offiziellen Welt den Ruf nach
Revanche für Sedan mit Nothwendigkeit hervorgerufen, so die
Erfolge von 1870 mit ebendergleichen Nothwendigkeit dem offiziellen
Ruf nach „Revanche für Sedan“ aufzwingen würden. Preußen,
bisher der gehorsame Knecht Rußlands, hatte sich plötzlich als erste
Militärmacht Europas entpuppt; eine so gewaltige Verschiebung
der europäischen Lage zu Ungunsten Rußlands kam einer Nieder-
lage der russischen Politik gleich; der Ruf nach Revanche erscholl
laut genug in Rußland. Man fand in Berlin, daß unter diesen
Umständen es besser sei, die Sache so bald und so rasch wie
möglich abzumachen und den Russen keine Zeit zu Rüstungen zu
lassen. Was damals preussischerseits geschah, um den Krieg gegen
Rußland vorzubereiten, darüber vielleicht ein anderes Mal; genug,
man war im Sommer 1872 so ziemlich fertig, namentlich mit dem
Feldzugsplan, der diesmal keinen „Stoß ins Herz“ beabsichtigte.
Da kam Kaiser Alexander von Rußland ungeladen zur Kaiserwüste
nach Berlin und legte „an maßgebender Stelle“ gewisse Aktenstücke
vor, die das Plänchen zu Nichte machten. Die, zunächst gegen die
Türke gerichtete erneuerte heilige Allianz verdrängte für den
Augenblick den schließlich doch unvermeidlichen russischen Krieg.

In diesem Plänchen war natürlich auch der Fall vorgesehen,
daß Frankreich sich mit Rußland gegen Preußen verbünden sollte.
In diesem Fall wollte man gegen Frankreich in der Defensive
bleiben. Und wie viel Mann hielt man damals für hinreichend,
alle Angriffe Frankreichs abzuschlagen?

Eine Armee von zweihundertfünfzigtausend Mann!

Politische Uebersicht.

— Das preussische Staatsministerium, das heißt Herr v. Bis-
marck, hat schon wieder ein Ausnahmegesetz fertig gebracht.
Dasselbe hat den Zweck, die widerspenstigen „Diener der Kirche“,
gegen welche zur Zeit der große „Kulturkampf“ geführt wird, durch
den Gensdarmen „Barnd“ zum Lande hinaus zu speiren, d. h.
sie ihrer Aufenthalt-freiheit vollständig zu berauben. Nicht
wo sie selbst wollen, sondern wo Bismarck will, müssen solche „staats-
gefährlichen“ Priester künstlich sich aufhalten. Der „Geist“ des
altpreussischen Königs Friedrich Wilhelm I. — wenn er solchen
gehört hat — der 1723 den Philosophen Wolf „bei Strafe des
Stranges“ aus Preußen ausweisen ließ, scheint in diesem Gesetze
zu spuken, welches also lautet:

§ 1. Kirchendiener, welche durch gerichtliches Urtheil aus
ihrem Amte entlassen worden sind, können ihrer Staatsange-
hörigkeit durch einen Beschluß der Centralbehörde ihres Heimath-
staates verlustig erklärt werden. So lange ein solcher Beschluß
nicht ergangen ist, kann ihnen durch Verfügung der Landespolizei-
behörde der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten
verfagt oder angewiesen werden.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gotha. (Abrechnung.) Kassenbestand vom Monat Januar Thlr. 254 24 7. Eingegangene Beiträge: Eisenach Thlr. 1 3 1, Koburg Thlr. 1 27, Leipzig Thlr. 4 16, Gotha Thlr. 1 14 1, Offenbach Thlr. 6 23 2, Augsburg Thlr. 2 5, Erfurt Thlr. 5 9, Frankfurt a. M. Thlr. 1 22, Strickerunterstützung von Konstantin Thlr. 25. Summa der Einnahme mit Kassenbestand Thlr. 304 25 2. Ausgabe: Abonnement „Vollstaat“ Thlr. — 6, Strickerunterstützung Konstantin Thlr. 12, Gehalt und Verlag der Vorstehenden Thlr. 12 23 2, Porto des Kassirers Thlr. —, Summa Thlr. 25 3 9. Bilanz-Einnahme mit Kassa Thlr. 304 25 2. Ausgabe Thlr. 25 3 9. Bleibt Kassenbestand Thlr. 279 21 3.

Es werden von jetzt ab auch diejenigen Mitgliedschaften, die trotzdem sie Geld an die Hauptkasse gesandt, sich doch der Abrechnungformulare nicht bedient, als Restanten mit aufgeführt. Im November und Dezember sind noch schuldig: Stuttgart, Schweinfurt, Landshut, Helmstedt b. Braunschw., Dießen, Mannheim u. Pforzheim. Noch mehr rückständig sind: Chemnitz, Limbach b. Chemnitz, Freiberg und Amberg; letzterer Ort kennzeichnet sich besonders durch Gleichgültigkeit, mit Ausnahme des Bevollmächtigten, desgl. Schweinfurt. Von den größeren Mitgliedschaften sind bis jetzt ihren Verpflichtungen für Januar nachgekommen: Augsburg, Erfurt, Frankfurt a. M., Gotha und Leipzig.

In Dresden ist Bro. Hermann Tollner, am See Nr. 6, 4 D. daselbst wird auch die Reizeunterstützung gehakt. In Deuben Bro. Karl Schmiede, bei Herrn Buzger, am Heintzberg.

Mit Gruß

Für die Verwaltung: W. Bod.

Gotha. Die Augsburger Kollegen warnen vor Bezug, da die Differenz zwischen den Arbeitgebern der Gewerkschaft zu befürchten ist. In Würzburg ist der Verkehr und unentgeltliche Arbeitsnachweis der Gewerkschaft im Kaffee-Vollmarkt, Karmeliter-Gasse, Bevollmächtigter ist J. Burger, Stodischgasse Nr. 3.

Der Strike in Constanz ist zu Ende und zwar ohne die Uebermuth der Arbeitgeber zu brechen. Ohne daß es den Gewerkschafts-Mitgliedern in dem Sinne gekommen ist, zu streiken, wurden von den Meistern sämtliche Mitglieder entlassen und reisten die selben sofort ab. Sie haben treu gehalten, was sie versprochen. Daß der Sieg nicht auf unsre Seite fiel, liegt eben noch an dem Mangel der Organisation, daß noch Tausende unserer Brüder unter solch entwürdigenden Bedingungen bereit sind, die Streik einzunehmen, die soeben standhafte Kollegen im Bewußtsein ihrer guten Rechts verlassen. Also nicht einmal das Recht der Vereinigung, was uns gesetzlich garantirt ist, wollen jene Unmenschen gönnen und wollen es durch Maßregelung zu nichte machen. Ihr Gleichgültigen allerorts, wolt Ihr noch immer nicht erkennen, daß solcher Willkür nur vereint entgegenzuewirken werden kann und werdet Ihr nicht roth vor Scham, wenn Ihr Derartiges ab Eure Kollegen ergehen seht? Ist bei Euch das Gefühl der Bruderschaft ganz erloschen? Wenn nicht, so tretet ein in die Gewerkschaft damit nicht auch Ihr früher oder später unter Karatel der Arbeitgeber gestellt werdet. Da die Werkstellen der Meister noch laß nicht besetzt sind, ersuchen wir noch den Bezug von Nichtmitgliedsfernyhalten, hingegen prinzipienfeste, organisationsstrenge Kollegen auch Constanz zu senden, um zum Trost jener Paskas die erschütterte Gewerkschaft hochzuhalten. Unterstützungsgelder gingen ein von der Verwaltung: 47 fl. 15 kr., Frankfurt: a. M. 4 30 kr., Mannheim: 5 fl., Gießen: 1 fl. 3 kr., Nürnberg: 10 13 kr., St.-Gallen: 9 fl. 43 kr., Coblenz: 3 fl. 30 kr., Dresden: 8 fl. 45 kr., Lausanne 9 fl. 15 kr., Summa: 127 fl. 31 1/2 kr. Ausgabe: 82 fl. 46 kr. 43 fl. 45 kr. an die Hauptkasse zurückbleibt Kassa: 1 fl. Der Bevollmächtigte S. Stadelhofer, Rosenstraße 430, sagt im Namen der Mitglieder sämtlichen Sebern sein aufrichtiges Dank. Etwas Unregelmäßigkeiten wolle man den selben melden. Kollegen, welche organisatorisch wirken können, ersuchen wir, sich uns zur Verfügung zu stellen, da einige günstige Orte für die Gewerkschaft gewonnen werden können. Bei Sendungen an den Hauptkassirer wolle man auf dem Coupon die Postanweisung genau vermerken, wie viel von dem Eingehenden Gewerkschafts-, wie viel zur Krankenkasse- und wie viel Unionsteuer ist. Wenn Mitgliedschaften Obiges nicht beachten, haben sie sich vorkommende Fehler selbst zuzuschreiben.

Mit Gruß

Für die Verwaltung: W. Bod.

Leipzig. Nachdem wir schon einmal berichtet haben, wie unsere Kollegen in Lindenan-Plagwitz sich zu einem Verein zusammengethan hatten, können wir heute mit Freunden weiter berichten, daß dieselben von nun an uns angehören, indem sie in die Gewerkschaft mit eingetreten sind. Unablässig sind dieselben rüft und thätig gewesen, immer mehr neue Mitglieder zu gewinnen, aber mit dieser Thätigkeit ist auch immer mehr die Frage an heranzutreten: welchen Nutzen und Vortheil habt ihr, euch alle zu organisiren? Oder ist es nicht besser und praktischer euch die Gewerkschaft anzuschließen. Um darüber einen festen endgültigen Beschluß zu fassen, hatten dieselben kürzlich eine Versammlung einberaumt und uns benachrichtigt anwesend zu sein. Ich war der einzige Leipziger Gast, war und werde in Folge dessen die zweite Mal zum Sündenbock für diese Mißthat von den Herrn Arbeitgebern gestempelt werden; jedoch von diesem Verbrechen einmal später.

Da unsre Kollegen schon Kenntniß hatten von unsrer Organisation, waren nur noch einige Paragraphen besonders zu erklären nöthig. Auch in Betreff der Krankenkasse wurde noch verschiedenes besprochen und erläutert und unsre Kollegen werden sich schon und sicher in unsre Organisation hineinleben, indem wir uns immer gegenseitig Besuche abstatten und ihnen hülfreich zur Seite stehen werden. Ueberhaupt herrscht unter diesen Kollegen ein reger Geist und der feste Wille, mit Energie an der Besserung, Fortschritt und Hebung unsrer Lage, unsrer Gewerkschaft thätig zu sein. Sie nahmen sich vor, immer mehr Ortschaften heranzuziehen und zu gewinnen, hoffentlich werden die Kollegen aus der Umgegend von Leipzig sich nach und nach in unsre Organisation einreihen und einsehen lernen, daß Einigkeit stark macht, und dasselbe thun was ihre Herren Arbeitgeber gethan, die sich schon längst um diesen Zweck zusammengescharrt haben.

A. Schäfer.

Freund Kaspe in Eisen wird gebeten, mir doch den Brief vor Weihnachten oder Correspondenzkarte vor 14 Tagen zu beantworten, indem uns an den betreffenden Adressen sehr viel zu legen ist.

Verein der Sattler und Berufscologen.

Berlin, 24. Februar. Der Vorstand beschließt wie folgt: In Folge des im vorigen Monat vom Central-Kassirer Witte eingebrachten Antrags betreffs Erhebung einer Extrasteuer von 1 Gr. pro Monat auf die Dauer von 3 Monaten zur Kräftigung der Kasse, sieht sich der Vorstand genöthigt, den Mitgliedschaften

schon so erstaunliche Proben ihrer „Besinnungslosigkeit“ abgelegt hätten, daß wir uns über nichts mehr wundern können. Die Todten freilich sind stumm und können nicht protestiren gegen die Schmach und die Infamie, die an ihnen begangen werden soll; die Gebeine der Böning, Tiedemann, Heilig, Eisenhans, Biedenfeld und wie sie alle heißen, sind vermodert und sie können sich nicht mehr sträuben, wenn ihnen Gewalt angethan wird von den politischen Knechten jenes Mannes, dessen militärische Knechte ihnen mit Balver und Blei klar machen mußten, wie man auf preussische Manier den „Lubergeschrei der Revolution“ (nach dem Staatsweishheits-Verikon Friedrich Wilhelms IV.) vertreibt. Aber wir können es dem Volke sagen, welche elende Farce jene Herren mit dem Andenken so achtungswerther Todten in Scene setzen wollen, und nicht weniger als jene 19 Helden, lebten sie heute noch, wird das arbeitende Volk den nationalliberalen Gaucklern seine Verachtung entgegenbringen. Das mögen sich die Betreffenden hinter die Ohren schreiben!

— Zu Lübnitz im Erzgebirge ist unsere Parteimitgliedschaft aufgelöst worden, bevor sie nur erst eine Versammlung abhalten konnte. Ein Beweis, daß es auch außer den Leipziger Polizeihelden in Sachen noch Staatsretter giebt, welche nicht genug sind, zu glauben, daß mit bureaukratischen Federstrichen die Arbeiterbewegung gestaut werden könne. Lassen wir die Leute in ihrem Glauben. Bekämen wir das Heft in die Hand, so würden wir uns sofort rüchbar an denselben rächen, indem wir sie in die — Textta schicken und ihnen dort etwas Kulturgeschichte einpauken lassen würden.

— Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet über den bereits erwähnten Zirkas'schen Prozeß:

„Mainz, 28. Febr. Gestern lag dem Bezirksgerichte abermals eine Majestätsbeleidigung zur Aburtheilung vor, welcher sich der Sozialdemokrat Zirkas in einer Volksversammlung in Radenheim gelegentlich der Reichstagswahlen schuldig gemacht haben sollte. Von 18 vorgeladenen Zeugen waren nur vier erschienen, 2 Gensdarmen, 1 Polizeidiener und 1 Dammwärter, welche allerdings übereinstimmend und präcis auszusagen, der Angeklagte habe in seinem Vortrage die Worte gebraucht: Der Kaiser Wilhelm sei der größte Tyrann seines Jahrhunderts! Die anderen 14 Zeugen, worunter der Bürgermeister von Radenheim und der Vorsitzende jener Volksversammlung, haben die von dem einen der Gensdarmen zur Anzeige gebrachte Äußerung nicht gehört; nur Einer konnte sich erinnern, daß das Wort „Tyrann“ gefallen sei, aber nicht in Verbindung mit Kaiser Wilhelm, sondern mit dem früheren Kaiser der Franzosen, Napoleon dem Dritten, von welchem der Angeklagte auch gesprochen habe. Der Angeklagte selbst leugnet auf Entschiedenheit, von der Person des Kaisers überhaupt gesprochen zu haben; indes steht sich der Gerichtshof veranlaßt, auf die überaus präcisen und übereinstimmenden Aussagen der uniformirten Belastungszeugen hin den Angeklagten zu verurtheilen, bestimmt aber in Anbetracht, daß derselbe auch keine Strafe zu verbüßen habe und daß von ihm anzunehmen sei, daß er die inkriminirte Äußerung nicht mit Borbedacht, sondern in der bei Wahlagitationen natürlichen Aufregung gethan habe, das niederste Strafmaß, welches der § 95 vorsieht, und Verurtheilung demgemäß den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängniß und in die Kosten. Sicherem Vernehmen nach wird Zirkas Rekurs ergreifen.“

— Verschiedene Herren „Fortschrittler“ haben aus Furcht vor dem Bauwau „Reichsfeindlichkeit“ und um die „höfliche Sitte“, welche in Folge der Bismarck'schen Viersoitreen im Reichstage für gewisse Parteien obligatorisch geworden, nicht zu verlieren, gegen die Aufhebung der Diktatur in Elsaß-Lothringen gestimmt. Herr Löwe-Calbe, der Medienburger Wigger und Andere gehören zu diesen zartbesaiteten Seelen. Der Rest der Fortschrittspartei wird den genannten Herren auch nicht die Augen auftragen; haben sie doch nur gethan, was die Anderen, fast ohne Ausnahme, gern gethan hätten, wenn — je nun, wenn mit dem „demokratischen“ Mantelchen, so zerfetzt und durchlöchert es ist, nicht noch dieser und jener Esel zu bauernsängern wäre.

— Die Commission für das Preßgesetz im Reichstage hat den § 20 gestrichen; ebenso hat die Commission für das Contractbruchgesetz den § 153 a, welcher von der strafrechtlichen Abänderung des Contractbruches (Gefängniß bis zu 6 Monaten) handelt, verworfen. Was dazu wohl der direkte oder indirekte Vater dieser beiden Prachtexemplare preussisch-deutscher Gesezmacherei, Herr von Bismarck, sagen mag? — Wir behalten uns vor, in nächster Nummer ausführlich über die letzten Vorkommnisse im Reichstage zu berichten.

Juene Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!

Als neuer Ort ist in die Parteiorganisation eingereicht worden: Gablenz b. Chemnitz, Vertrauensmann G. Bahner.

Als neue Vertrauensmänner wurden angemeldet und von uns bestätigt:

Altona: E. Huhmann. Erfeld: Jos. Buchbender. Deuben: Fr. R. Huhle. Königsau: Heinrich Rosemund. Straßburg i. Elsaß: Adam Jung.

Wir Parteigenossen! Die Arbeiterbewegung macht merkliche Fortschritte und mit ihr, als Sauerkeit derselben, unsere Partei. Schon zählen wir nicht weniger als 212 Mitgliedschaften, außerdem sind mehrere Mitgliedschaften in der Bildung begriffen. So befriedigend diese Fortschritte sind, so sehr müssen sie auch ermuntern, müssen sie jeden einzelnen unter Euch ermahnen, stets voll und ganz seine Pflicht zu erfüllen, damit in der Agitation noch mehr als bisher geleistet werden kann.

Vor allem wollt Ihr durch pünktliche Beitragszahlung den Anschuß in den Stand setzen, sofort da helfen zu können, wo es noth thut. Das Nützliche solchen Verhaltens springt in die Augen; es befähigt uns, nicht nur manche Kräftezersplitterung zu vermeiden, sondern überhaupt allezeit die Macht der Partei-Organisation zu betheiligen.

In Erkenntniß dieser Wahrheit machen wir auf § 7 der Partei-Geschäftsordnung aufmerksam. Diejenigen Orte, welche ihr zufolge bis Mitte März die Beiträge für Monat Februar nicht eingesandt haben, werden im „Vollstaat“ (Restantenliste) genannt werden. Hoffentlich bewähren sich alle Vertrauensmänner, daß ihre Orte von dieser Maßregel nicht betroffen werden.

Hamburg, 8. März 1874.

Mit Gruß und Handschlag!

Der Ausschuß.

J. A.:

Der Kassirer: H. Bennete, N. Schäferkamp 34.
Der Secretair: A. Geib, Ködingmarkt 12.

§ 2. Die Vorschriften des § 1 über den Verlust der Staatsangehörigkeit und die Beschränkung des Aufenthalts finden ferner auf diejenigen Kirchendiener Anwendung, welche wegen Vornahme von Amtshandlungen in einem Amte, das den Vorschriften des Staatsgesetzes zuwider ihnen übertragen, oder von ihnen übernommen ist, rechtskräftig zu Strafe verurtheilt sind. Die Landespolizeibehörde ist schon nach Eröffnung der gerichtlichen Untersuchung befugt, dem angeschuldigten Kirchendiener bis zur rechtskräftigen Beendigung der Untersuchung den Aufenthalt in bestimmten Bezirken zu versagen oder anzuweisen.

§ 3. Kirchendiener, welche nach den Vorschriften dieses Gesetzes ihrer Staatsangehörigkeit verlustig erklärt worden sind, können ohne Genehmigung des Bundesraths in keinem anderen Bundesstaate die Staatsangehörigkeit erwerben. Auch darf denselben ohne eine gleiche Genehmigung der Aufenthalt in einem anderen Bundesstaate nicht gestattet werden, wenn ihnen in ihrem früheren Heimathstaate der Aufenthalt verweigert wird.

Es versteht sich, daß es nur der Einschaltung oder Vertauschung weniger Worte bedarf, um die Spitze dieses monströsen Gesetzes gegen die Sozialdemokratie oder irgend eine andere, momentan unbequeme Partei zu richten. Der französischen Nationalversammlung, die zu Anfang der 90er Jahre ähnliche Gesetze gegen den Clerus erließ, wird dies in allen Schulgeschichtsbüchern zum größten Verbrechen angerechnet. Und Frankreich war damals in einem Kampf auf Leben und Tod mit dem monarchischen Europa begriffen, und der Clerus, gegen den sich diese Ausnahmeseetze richteten, war notorisch im Unverstandniß mit dem Ausland. Für die französische Nationalversammlung läßt sich also das Gebot der Nothwehr anführen. Wo ist aber der Feind, der die preussische Regierung jetzt bedroht? Sie hat soeben erst einen Krieg siegreich beendigt, und auf einige Jahre hinaus hat sie sich keines Kriegs zu gewärtigen, wenn sie nicht selbst ihn vom Zaune brechen will. Hätte die französische Nationalversammlung bloß mit den rebellischen Pfaffen zu thun gehabt, sie hätte es nicht der Mühe werth gefunden, ihnen auch nur das einfachste Polizeigesetz zu widmen; die Revolution konnte sich zu keinem Culturkampf mit dem Pfaffenthum herablassen. Mit dem „Neuen Reich“ des Herrn von Bismarck ist es anders. Mitten im Frieden, gewaffnet bis an die Zähne, an Ehren und in Siegen reich, zittert es vor einer Hand voll Schwarzröcke, und bekennt vor ganz Europa, daß es in seinem „Culturkampf“ nicht siegen kann ohne die Polizei und den Gensdarm. Nun — der Culturkampf ist auch darnach. Wie wir schon früher sagten: „Barud“ contra Barud!

— „Elsaß-Lothringen mag sich als eine Republik betrachten, die sich selbst regiert!“ So sagte Hr. v. Bismarck vor Jahresfrist im Deutschen Reichstage. Diese „Selbstregierung“ hat nur den kleinen Haken, daß sie von preussischen Präsesen besorgt wird, und mit der „Republik“ wäre so ziemlich das erreicht, was jener berühmte Hesse 1848 erstrebte, der die „Republik mit dem Großherzog“ proklamirte. Wenn nun in einer der letzten Reichstagsitzungen Herr von Bismarck und Herr von Puttkammer, als die elsässischen Abgeordneten die Abschaffung der Diktatur in den „neuen Reichslanden“ beantragt hatten, wie Sirenen stöteten und gar nicht hoch genug zu erheben wußten, wie wohl sich die Elsaß-Lothringer unter der preussischen Fiedelhaube befänden, so haben wir nur dagegen zu melden, daß unser Parteigenosse Alois Lindorfer in Straßburg aus dem Elsaß polizeilich ausgewiesen worden ist und zwar lediglich weil er „politisch thätig“ gewesen, das heißt, weil er eine Wahlrede zu Gunsten Babels gehalten hat. (Siehe den Correspondenztheil d. Bl.) Das geht denn doch über Sachen. In der „Republik, die sich selbst regiert“, ist also jede politische Thätigkeit verpönt; nur die „Sanbirten“ und sonstigen Agenten Bismarck's sind befugt, ihre vollverdummende und den Massenhaß aufschauende „Thätigkeit“ ungehindert und ungenirt auszuüben. Damit ist allerdings bewiesen, daß Elsaß-Lothringen das Schmerzenskind des „genialen Staatsmannes“ ist, das er mit der Kenglichkeit einer Gluckhane vor jedem demokratischen oder gar sozialistischen Anhauche zu bewahren sucht. Sonst wäre ja wohl das neueste Buch von Gustav Rasch, „Die Preußen in Elsaß-Lothringen“ nicht mit solch assenartiger Geschwindigkeit konfiscirt worden. Und wenn der Barjener Schnapobrenner sein Schmerzenskind dennoch eine „Republik“ nennt, so wollen wir das dem Manne verzeihen, der gesagt hat, daß die Pariser Commune nur ein Kampf um die preussische Städteordnung sei, wenngleich wir erwarten, daß jeder einigermaßen sich seiner Aufgabe bewußte Lehrer den Schüler reipetiren läßt, der sich zu einer ähnlichen Geschichtsauffassung vertritt.

Indessen, der „größte Staatsmann Preußens“ hat bis jetzt auf ökonomischem oder volkswirtschaftlichem Gebiete so wenig geleistet, daß wir freundschaftlich seine Aufmerksamkeiten dahin lenken möchten. Das Ausweisen, mag sich der „Geniale“ überlegen, thut auf die Dauer doch nicht gut. Es werden immer neue Sozialdemokraten geboren und der Börsenschwandel, die „Kraach“, der Militärdraht und die ganze herrschende Produktionsweise treiben dem Sozialismus stets neue Anhänger in die Arme. Es ist Danaidenarbeit, die von der preussischen Polizei verrichtet wird. Wer kann da helfen? Der Malkhus vielleicht? Oder der Kirchmann, welcher lehrt, daß jedes Ehepaar nicht mehr als zwei Kinder erzeugen darf, wenn die Gesellschaft gedeihen soll? Aber diese zwei könnten auch Sozialdemokraten werden? Da bleibt denn nichts Anderes übrig, als ein Ausnahmeseetz gegen die Sozialdemokraten im Mutterleibe zu schaffen und den getreuen Unterthanen um Staatswegen zu verbieten, Kinder zu zeugen, die für die sozialdemokratischen Ideen empfänglich sind.

Versuch's der „Geniale“ einmal mit diesem Mittelchen! Fülle der Versuch aus wie er wolle — seine Lakaien im Reichstage und seine Reptilien in der Presse erklären ihn, sobald er mit dem Vorschlag hervortritt, für den größten Nationalökonom aller Zeiten. Und es wird geglaubt im Reiche. Das sind die Wunder der „Genialität“.

— Als im Mai 1872 nationalliberale Geschichtsfälscher eine Gedenkfeier des Hambacher Festes (27. Mai 1832) veranstalteten, da wurde propheetisch, die Nationalliberalen würden ihre Bestimmungsgelöstigkeit noch so weit treiben, daß sie, die Speichel-lecker des Kaiser-Königs Wilhelm, auch noch dahin gelangen würden, eine Todtenfeier auf den Gräbern der Standrechts-Opfer von Rastatt zu begeben, jener Männer, welche von preussischen Soldlingen unter Führung des jetzigen Kaisers Wilhelm in den Bestenungsgräbern von Rastatt erschossen worden sind. Diese Propheeten hat sich erfüllt, denn eine Clique nationalliberaler „Größen“, darunter der Ohsenhändler und Reichstagsabgeordnete Roder, sind übereingekommen, daß den 19 Opfern preussischer „Civilisation“, welche die auch damals schon „wunderthätige“ Rindnabel erproben mußten, ein Denkmal gesetzt werden solle. Wir würden uns über dies Gebahren nationalliberaler Verehrer des Helldengereifes wundern, wenn dieselben nicht

mitzuteilen, daß Berlin, Zwickau, Leipzig, Mainz, Stuttgart und die hiermit als neu anzumeldende Mitgliedschaft Magdeburg für den Antrag Wirths gestimmt haben. Offenbach gegen den Antrag; von sämtlichen andern Mitgliedschaften fehlt jeder Bescheid, mithin angenommen wird, dieselben sind gegen den Antrag. Wie die Vertrauensmänner aus den leztgenannten Klassenberichten erfahren werden, ist es deshalb bedenklich, in dieser Angelegenheit länger zu zögern, und hat der Vorstand unter obigem Datum den Beschluß gefaßt, daß die Reiseunterstützung nicht mehr als 15 Gr. betragen darf, also auf die Hälfte reduziert wird. Grund hiervon ist, daß in Folge der eingetretenen Krisis, durch welche die Collegen theilweise gezwungen sind abzureisen, die Mitgliedschaften derart geschwächt sind, daß sie nicht im Stande, thätig durchzugreifen zu können. Und wenn nicht alle Mitgliedschaften diese Steuer zahlen, nützt es nichts. Es wird dieser Beschluß sofort aufgehoben, sobald die Bethätigung am Verein eine regere ist. Es wird durch die lezt angeführte Thatsache Niemandem ein Vorwurf gemacht, und hofft der Vorstand hiermit, im Sinne eines jeden Collegen gehandelt zu haben. Diejenigen Vertrauensmänner, welche die Extraktur bereits eingesandt haben, können dieselbe bei der nächsten Abrechnung abliefern.

Mit Gruß und Handschlag
Paul Straßer, Vorsitzender,
Marienstraße 7, Hof 2 Tr. rechts.

Verein der deutschen Steinmetzen.

Aufruf an die Steinmetzen Deutschlands.

Berlin. Collegen! Die Mitglieder des gut organisirten deutschen Steinmetzen-Vereins halten am 18., 19., 20. u. 21. März, laut § 13 des Vereins-Statuts zu Berlin, ihre zweite General-Versammlung ab, auf der sämtliche zum Verein gehörenden Mitgliedschaften durch Delegirte vertreten sein werden, um mit gemeinsamer Kraft die Mittel und Wege zu berathen, welche einschlagen sind, um die Organisation stärker zu befestigen, und durch entschlossenes einigiges Vorgehen den Kampf gegen die Ausbeutung zu einem siegreichen Ende zu führen.

Euch Collegen, die Ihr noch außerhalb des Vereins steht, rufen die Collegen aus 41 Mitgliedschaften, die in allen Theilen Deutschlands existiren, zu: „Nehmt Theil an der Organisation unseres Berufs, nehmt Theil an dem Kampf gegen das Ausbenterthum, welches sich seit bereits vielen Jahren mehr denn jemals in unser gewinnbringendes Geschäft eingeschlichen hat und uns Arbeiter gänzlich in Ketten schmieden will.“

Collegen, nicht können wir mehr sagen, daß unser Beruf des Kunstfleißes und des Glanzes, dessen er sich Jahrhunderte lang erfreute, noch auf derselben Stufe steht. Seit den erfolgreichen Siegen der Jahre 1866 und 1870/71 hat das Großkapital immer mehr und mehr an Ausdehnung gewonnen, die Kleinmeister sind bereits gänzlich in die Arme des Proletariats geworfen und auch unser Beruf ist in Fabrik, ja selbst in die maschinemäßige Produktion hineingetrieben worden, der Glanz existirt nicht mehr, saubere, gute Arbeiter haben heute keinen Werth mehr. Das Großkapital hat sich in den Steinmetz-Beruf eingeschlossen, immer größer sich entfaltend, Bauplätze und kleinere Arbeitgeber glauben aber immer noch erhebliche Gewinne von unserer Produktion davon zu tragen, und so entspringt dann an jedem Bau, an jeder Fassade, selbst an den kleineren Arbeiten ein Concurrenz-Kampf, der durch die billiger und immer billiger eingereichten Offerten damit endet, daß der betreffende Baumeister oder Bau-Direktor ihre Arbeiten um Tausende von Thalern billiger gefertigt bekommen, als sie von technischer Seite aus von vornherein in den Baugeldern veranschlagt waren. Wer trägt nun den Schaden dieser Speculation, dieser dem Arbeiterstande Verderben bringenden Wuchererthum? Glaube es Keiner, daß der Unternehmer davon etwas trägt, nein, er wälzt ihn herab auf die Schultern der Erzeuger dieses Werkes, seiner Gesellen, diese werden ausgebeutet und tyrannisiert, sie schlachten sich, wenn sie nicht einig sind, wenn sie isolirt dastehen, für Leute hin, wo man nicht einmal weiß, wo sie her und von welchem Stande sie sind, denn wahrlich, das Prädikat Meister besitzen nur noch wenige, und diese sind es in der That nicht mehr wie früher; heute haben wir es schon mit Altien-Gesellschaften zu thun, wo jeder Wucherer, jeder Gründer ersten Ranges sich betheiligt.

Einschend, daß wir als Steinmetzen für unsere kurze Lebenszeit, für unsern täglichen Fleiß derart entschädigt werden müßten, daß wir ein unserm Beruf gemäß menschenwürdiges Dasein mit Frau und Kindern zu führen im Stande sein, wir uns selbst für die auf dem Fuße folgende bittere Noth zu schützen, dies Collegen, veranlaßt uns, den Verein ins Leben zu rufen. Lebensfähig steht er nach seinem 1 1/2-jährigen Bestehen da, verbunden mit seinen jedem Mitglied zur Wohlthat reichenden Institutionen, als Kranken-, Begräbnis-, Wander-Unterstützungs-Kasse u. s. w.

Collegen, uns, die wir Mitglieder des Vereins sind, und Ihr, die Ihr außerhalb desselben steht, macht uns nicht die gleiche Noth, das gleiche Elend zu bringen? Seht Ihr nicht, wo wir als Steinmetzen dem gewinnbringenden Beruf angehören, daß wir nur mit einem sehr kurzen Lohn abgepeist werden, während eine kleine Anzahl Menschen, die die inneren Leiden unseres Berufs gar nicht kennen, die Früchte unserer Arbeit verprassen oder sie zu enormen Kapitalien aufhäufen? Traurig ist es, daß es immer noch Steinmetzen giebt, die in ihrer Klassen-Unkenntnis immer noch an gegenseitige Harmonie, an Liebe der Arbeitgeber glauben.

Diese Täuschung ist eine bittere, sie ist schon längst, nicht durch uns Arbeiter, sondern durch die Gegner, die da glauben, der Arbeiter sei ihr Sklave, verschleht worden.

Doch auch die Gegner haben sich provinzialmäßig organisiert. Gleich nach dem Leipziger Congress unsererseits im Januar 1873 sandten diese Herren Agitatoren in die Welt, um jeden einzelnen Steinmetz-Verein zum Anschluß an ihren Bund zu bewegen. Die Folge ihrer Verbindung war, daß sechs unserer Mitgliedschaften, mit zusammen nahe 700 Mitglieder, auf das Straßenpflaster geworfen wurden, und warum? Weil die Collegen dem Verlangen dieser Herren, aus unserm Verein auszusteigen, nicht nachkamen. Sie glaubten die Vereinigung unsererseits würde durch diesen Massen-Ausschluß den Todesstoß bekommen, sie haben sich aber sehr geirrt, der Verein ist seit dem Congress von 13 auf 41 Mitgliedschaften gewachsen, ein Zeichen des Glanzes, welches in unseren Hütten wohnt. Ja noch mehr, die Arbeitgeber dieser 6 Mitgliedschaften versetzten Listen, worauf Vor- und Zunahme, der Geburtsort u. s. w. jedes Mitgliedes verzeichnet war und ließen dieselben ganz Deutschland passieren, auf diese Weise wurden die Mitglieder verfolgt und geächtet, nirgends eine bleibende Stätte, unschuldig wie die Sonne am Himmel, nur dem Drängen ihres Bergens folgend, um auf vereinte friedliebende Weise die Noth und das Elend aus der Familie etwas zu verschleiden. Und so gedenkt man auch jeden Einzelnen, der sich der despotischen Gewalt des Poliers oder der üblen Laune seines Arbeitgebers nicht fügen

will, auf längere Zeit zu maßregeln. Sie haben aber auch gesehen, was Einigkeit vermag, von den wenigen Mitgliedern wurden circa 6000 Thlr. für die Bemessungen aufgebracht; es waren schöne Erfolge für uns!

Dies sind die Heldenthaten dieser Herren Steinmetz-Vereine, dies sind die Ziele ihrer Organisation, Ihr seht, was Ihr von ihnen zu erwarten habt, es kann Euch die Wahl nicht mehr schwer fallen.

Schlagt daher, die Ihr noch fern steht von der Organisation Eurer Brüder, in die Euch abermals dargereichte Hand und schließt Euch uns an. Tretet stadtweise zusammen und wählt einen unter Euch, den Ihr als Delegirten, mit Mandat versehen, zur General-Versammlung nach Berlin sendet, wo die Männer unserer Arbeit aus allen Theilen Deutschlands zusammen kommen, und auf gesetzlichem und legalen Wege die Ketten der Sklaverei vollends zu zersprengen suchen, um dadurch ein menschenwürdiges Dasein zu erlangen.

Der Weg, den Ihr zu gehen habt, ist Euch von uns schon geebnet, zeigt, daß Ihr auch als Steinmetzen vom Klassenbewußtsein ergriffene Männer seid, die bereit sind, für ihre Ehre und ihr gutes Recht in die Schranken zu treten, mit einer dem Arbeiterstande und der großen Sache gebührenden Würde.

Mit collegialischem Gruß und Handschlag
Für den Ausschuß des Vereins der deutschen Steinmetzen:
A. Babel, Vorsitzender, Weinbergsweg Nr. 4.

Bemerkung. Diejenigen Städte, welche vermöge ihrer geringen Mitgliederzahl sich des Kostenpunktes wegen zu schwach fühlen, einen Delegirten nach Berlin zu senden, ersuchen wir, mit dem nächst gelegenen Orte, oder mit einer schon bestehenden Mitgliedschaft des Vereins sich zu verbinden resp. Demen das Mandat sowie statistische Mittheilungen über die örtlichen Verhältnisse, z. B. Höhe des Verdienstes, Länge der Arbeitszeit, Lebensbedürfnisse, Preise, zu übergeben. Und müßten die Anmeldungen aller Delegirten zur General-Versammlung, sowie Briefe und Anfragen bis spätestens den 12. März an obige Adresse eingesandt werden. Der Empfang der Delegirten findet den 17. März in der Gartenstraße 13 und 14 bei Breitshneider statt, daselbst tagt auch die General-Versammlung. Jedoch werden die Delegirten auf den Bahnhöfen selbigen Tages durch die Comité-Mitglieder, welche als Erkennungszeichen eine rothe Schleife am Rocke tragen, empfangen, und haben sich die Herren ebenfalls mit einer solchen zu versehen.

Der Obige.

Salzburg. Fachcollegen! Wir geben euch bekannt, daß der Fach-Verein der Holz-Arbeiter in Salzburg seit vorigem Jahre im Oktober die Arbeitsvermittlung in die Hand genommen hat und am 1. März dieses Jahres den Beschluß gefaßt hat, zur Erleichterung der durchreisenden Fachcollegen, eine freie dreimächtige Schlafstube einzurichten. Die Vermittlung findet an Wochentagen von 7 bis 9 Uhr Abends und an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 11 Uhr Vormittags und von 6 bis 7 Uhr Abends im Vereins-Lokale unentgeltlich statt. Das Vereins-Lokal befindet sich Ortsteilgasse Nr. 33, Stockhammer's Gasthaus in Salzburg.

Salzburg, am 3. März 1874.

Robert Rawrat, Alois Leibenreif,
Schriftführer, Sektions-Obmann.

Correspondenzen.

Leipzig, 28. Februar. Herr Dr. Eras, unsern ältesten Leipziger Gesinnungsgenossen jedenfalls noch erinnerlich, veröffentlicht kürzlich in der „Völkzeitung“ einen Artikel über die „Sozialdemokratie in den Kleinstaaten“, den wir auszugeweiht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ fanden und unbeachtet gelassen haben würden, suchte Herr Eras nicht durch allerlei unrichtige Darstellungen über seine Erlebnisse in Leipzig das Heilenhonorar als „Schriftsteller“ künstlich zu erhöhen. Herr Eras erzählt in einem Artikel mancherlei über sein erstes Zusammentreffen mit Liebknecht 1865 und fährt dann also fort:

„Eines Tages äußerte Liebknecht den Wunsch, durch mich in den Gewerbliehen (Arbeiter-) Bildungsverein eingeführt zu werden, der damals die Genossenschaftsfrage warm vertrat und vom Rathe der Stadt eine namhafte jährliche Geldunterstützung empfing. Vorsitzender des Vereins war ein sehr begabter junger Drechlermeister Namens Bebel. Ich hielt mich als Vortragender im Verein zur Gewährung des Liebknecht'schen Wunsches nicht für befugt und schlug vor, er möge den Vorsitzenden darum angehen. Wir besuchten Herrn Bebel in der Peterstraße, und Liebknecht trug sein Anliegen vor, auf welches Bebel nur widerstrebend einging. Liebknecht verließ uns darauf und Bebel's erstes Wort war: „Wissen Sie, Doktor, ich halte doch für sehr bedenklich, einen Mann wie diesen Liebknecht, der am „Sozialdemokraten“ mitgearbeitet hat, in unsern Verein zu bringen. Wer steht uns denn dafür, daß er nicht Unheil anstiftet?“ Ich stellte diese Bedenken nicht und meinte: „Ihre Leute stehen zu fest um durch die Anwesenheit dieses Einen, der sich noch dazu, wie er eben gesagt hat, ganz passiv verhalten will, in ihren Ansichten erschüttert zu werden.“ Leider hat sich der politische Scharfsinn Bebel's bei dieser Gelegenheit besser bewährt als der meinige.“

Des Weiteren führt Herr Dr. Eras aus, daß, als später Bebel mit ihm in Chemnitz in einer Versammlung gegen die „Paffalleaner“ aufgetreten sei, er schon bei dieser Gelegenheit erfahren, daß im Leipziger Verein ein anderer Wind wehe. Sein großdeutscher Gegner Prof. Eckhardt aus Karlsruhe sei erschienen und habe dem „ehemaligen Sekretär des Herrn Carl Marx“ die Wege geebnet.

Auf Grund genauer Erkundigungen müssen wir die Schilderungen des Herrn Dr. Eras für Ausgebirten seiner Phantasie erklären. Bei dem ersten Zusammentreffen Liebknecht's mit Bebel in besagter Werkstätte ist von Vorträgen halten überhaupt nicht die Rede gewesen, am allerwenigsten ist es Bebel eingefallen, die ihm in den Mund gelegten Aeußerungen über Liebknecht zu machen. Bebel hat im Gegentheil das bei einer späteren Gelegenheit gemachte Anerbieten Liebknecht's bereitwillig angenommen, auch hatte Liebknecht auf seine Veranlassung bereits Anfang September 65 mehrere Volkversammlungen in den Industriebezirken Sachsens abgehalten, und zwar geschah beides, ehe der großdeutsche Professor Eckhardt, der erst Ende Oktober 1865 in Leipziger Bildungsverein sprach, Liebknecht „die Wege ebnete“. Ferner war die Chemnitzer Volkversammlung, auf der Dr. Eras von Bebel vernommen haben will, daß im Leipziger Verein in Folge der Thätigkeit von Eckhardt bereits „ein anderer Wind wehe“, schon Ende September, also ebenfalls Wochenlang vor dem Auftreten Eckhardt's. Diese einfachen Daten beweisen, wie es Herr Eras mit der Wahrheit nimmt. Dagegen wollen wir eine andere Episode, die sich bei dem ersten Zusammentreffen Liebknecht's mit Bebel zutrug, erwähnen, an die sich Herr Dr. Eras allerdings schwerlich

gern erinnern dürfte. Die drei Sprachen von dem Militärkonflikt in Preußen, Eras erwähnte einen der Abgeordneten, auf den er große Stücke hielt, worauf Liebknecht mit der drastischen Bemerkung heraustrat: „Ach was, der Keil ist nicht eiskalt, die Leute mit den fetten Bäuchen sind alle der Bestechung zugänglich.“ Eras, der trotz seiner Jugendlichkeit damals schon ein respectables Bäumchen hatte, wurde etwas verlegen, Bebel aber klopfte ihn lachend darauf, indem er bemerkte: „Na, Doktor, das trübe ja auch Sie.“ Herr Dr. Eras, der damals mit Begeisterung für die Arbeiter eintrat und Bebel gegenüber später die Chemnitzer Bourgeoisie auf stärkste verurtheilte, ist heute Handelskammersekretär und grimmiger Feind der Arbeiter. Das Urtheil Liebknecht's über die fetten Bäuche ist an ihm zur Wahrheit geworden.

Erfurt, 1. März. (An die Partei- und Gewerkschaften in Thüringen!) Da Ihr nun die Wahltagung, welche Eure Thätigkeit prinzipiell und materiell in Anspruch genommen hat, hinter euch habt, fühlen wir uns veranlaßt, Euch auf eine Verpflichtung aufmerksam zu machen, welche Ihr auf der Landesversammlung zu Pöfnitz übernehmen habt, und welcher außer Münchenberndorf noch keine Mitgliedschaft nachgekommen ist, so lange das Thüringer Agitationscomité in Erfurt seinen Sitz hat. Deshalb richten wir an Euch die Bitte, mit uns gemeinsam in den Kampf für die wahren Menschenrechte einzutreten, indem Ihr uns mit Geldmitteln zur Agitation unterstützt.

Auf Wunsch einiger Mitgliedschaften findet die nächste Landesversammlung zu Ostern und zwar in Gotha statt, und bitten wir daher sämtliche Gewerks- und Parteimitgliedschaften, sich zahlreich durch Delegirte vertreten zu lassen; womöglich muß jeder Ort einen Vertreter schicken. Sollte dies jedoch nicht möglich sein, so haben die Mitgliedschaften Mandate mit Angabe der Zahl der Mitglieder an das Agitationscomité einzusenden, ebenso bitten wir, Anträge, welche zur Erlebigung kommen sollen, und baldigst mitzutheilen.

Die vorläufige Tagesordnung ist:

- I. Rechenschaftsbericht.
- II. Die Agitation.
- III. Arbeiterstatistik.
- IV. Wahl des Agitationscomités und des Ortes der nächsten Landesversammlung.
- V. Anträge.

Die lezten Reichstagswahlen haben wohl zur Genüge bewiesen, wie nothwendig es ist, für die Zukunft in Thüringen eine rege Agitation zu entfalten. Drum veräußert nicht, Euch an der gemeinsamen, aller Parteigenossen Interesse umfassenden Arbeit zu betheiligen!

Für das Thüringer Agitationscomité:

Joh. Rudolph, Gotthardstr. 29.

Gelder wolle man senden an den Cassirer E. Friß, Neue Gasse 5.

Sonneberg. Am 6. Februar d. J. hielt Herr Dr. Lindwurm eine Volksversammlung hier ab, wobei auch unser Programm zur Sprache kam und über jeden einzelnen Punkt von der liberalen Partei verhandelt wurde. Hierbei machte u. A. ein hiesiger Beamter die Aeußerung, er hätte bisher unsere Versammlungen deshalb nicht besuchen mögen, weil er geglaubt habe, er würde in einen ungebildeten Zirkel eintreten. So kam auch die Grund- und Bodenfrage zur Besprechung, wobei die Worte Bebel's in „Unsere Ziele“ so gedeutet wurden, als ob unsere Partei nur theilen wollte. Dadurch sahen wir uns veranlaßt, da wir am 10. d. M. die Gelegenheit hatten, Herrn W. Ufert als Referenten zu bekommen, ebenfalls eine Volksversammlung abzuhalten. Die liberale Partei war stark vertreten. Leider kam der Borfig nicht in unsere Hände, sondern es wurde Herr Rechtsanwält Ortloff zum Vorsitzenden gewählt.

Herr Ufert referirte nun über die Grund- und Bodenfrage, und erklärte, auf welche Weise es möglich sei, die Ideen aus Bebel's „Unsere Ziele“ zu verwirklichen, so auch über Punkt 3 unseres Programms, welchen er vollständig erklärte. Herr Walthers betrachtete den Punkt 3 als ob durch Annahme dieses Punktes der Besitz der Eltern für die Kinder verloren ginge oder alles Erb-recht hierdurch aufgehoben sei.

Herr Ufert referirte hierauf weiter über Punkt 2. Nach Beendigung dieser Erläuterung ergriff Herr Kreisgerichtsrat Wehner das Wort und hob hervor, daß wir noch sehr viele Begünstigungen in unseren Gesetzen hätten. Herr Ufert verlangte nun von diesem die Begünstigungen angeführt zu sehen. Derselbe meinte aber, das würde sich zu sehr in die Länge ziehen, und unterließ dies. Es wurde nun auch hierüber die Debatte geschlossen.

Hierauf kam Herr Ufert wieder auf Punkt 3 zu sprechen. Nachdem derselbe seine Rede beendet, ergriff Herr Kaufmann Walthers das Wort und erklärte, da er der Entstellung des Programms angeklagt worden sei, daß er in der Versammlung vom 6. d. M. nicht das Eisenacher Programm und den Stuttgarter Congress untereinander geworfen, sondern jedes einzeln aneinandergelegt habe und dem Herrn Referent hierüber falsch berichtet worden sei.

Herr Walthers las nun mehrere Punkte aus Bebel's „Unsere Ziele“ vor, und Herr Geometer Hand aus Marx' „Capital“. Herr Walthers wollte nun Senzenthung wegen der Behauptung, daß er das Programm entstelle habe. Ufert bemerkte ihm, daß dies vielleicht etwas unrichtig angefaßt sei; nicht Entstellung des Programms, sondern Entstellung unserer Bestrebungen solle es heißen. Herr Dr. Dittmar wollte nun erläutern haben, welcher Unterschied zwischen Programm und Bestrebungen sei. Herr Ufert bemerkte hierauf, daß die Erläuterung dieses Unterschiedes ein förmliches Haartrennen sein würde. Herr Dr. Dittmar stand nun von seiner Forderung ab und machte mit Herrn Ufert gemeinsame Sache.

Stassfurt. Bekanntlich giebt es nichts Widerspruchvolleres, als Entscheidungen preussischer Polizei-Behörden. Was an dem einen Orte ungehandelt geschah, wird in dem andern von der Polizei streng bestraft. Es ist kaum dem ehrsamsten Spießbürger möglich, einer Polizeistrafe zu entgehen, wenn er seinen Wohnort wechselt. Um in „gesetzlichen Bahnen“ zu bleiben, müßte ein Jeder sämtliche Polizei-, Regierungs- und sonstige hundertlei Verordnungen auswendig kennen, denn sonst kommen immer Gelegenheiten vor, daß man unwillkürlich Gesetze der heiligen Hermandad verlegt. So ist es auch in einem Theile Preußens von der Polizei wohl gestattet, Bücher zum Einkaufspreis oder mit einem geringen Mehrpreise zu allgemeinen Zweck, also nicht gemeinschaftlich, wieder zu verkaufen, und liegt uns eine hierauf bezügliche Appellationsgerichts-Entscheidung vor, die wir zu Rath und Frommen unserer preussischen Parteigenossen, damit sie wissen, woran sie der Polizei gegenüber sind, mittheilen. Es heißt daselbst:

„In Untersuchungssachen wider den Barbier Wilhelm Fischer zu Stassfurt hat auf das von dem Angeklagten eingelegte Rechtsmittel des Rekurses die Rekurs-Abtheilung des Königl. Appella-

tions-Gerichts zu Halberstadt, in der öffentlichen Sitzung vom 8. Januar 1874 für Recht erkannt:

daß das Erkenntnis des Polizeirichters des Königl. Kreisgerichts zu Quedlinburg vom 13. November 1874, wodurch der Angeklagte, Barbier Wilhelm Fischer aus Stafffurt, wegen Vertheilung einer Druckschrift an einem öffentlichen Orte ohne polizeiliche Erlaubnis zu einer Geldstrafe von zehn Thalern, im Unvermögensfalle aber zu einer Woche Haft und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt ist, aufzuheben und in der Sache selbst der Angeklagte von Strafe und Kosten frei zu sprechen.

Von Rechts Wegen.

Gründe:

Von dem Polizei-Richter des Kreisgerichts zu Quedlinburg ist in dem Erkenntnis vom 13. November 1873 auf Grund des Geständnisses des Angeklagten als thatsächlich festgestellt angenommen:

daß der Angeklagte am 19. September 1873 zu Quedlinburg an einem öffentlichen Orte, im öffentlichen Lokale des Restaurateurs Schneemelcher bei einer stattgehabten Volksversammlung eine Druckschrift, betitelt:

Socialdemokratische Lieder und Gedichte von Friedrich Polling, Arbeiter. Preis 1 Sgr. Der Ueberschuß soll zur Agitation verwendet werden. Vierte Auflage. Im Selbstverlage des Verfassers. Dessau, im August 1869, vertheilt hat, ohne daß er dazu die Erlaubnis der Orts-Polizei-Behörde erlangt hat und ohne daß er den Erlaubnischein, in welchem sein Name ausgedrückt sein muß, bei sich geführt hat,

und in Anwendung der §§ 10 und 41 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 der Angeklagte wegen dieser Handlung zu einer Geldstrafe von 10 Thalern, event. zu einer Woche Haft und in die Kosten verurtheilt.

Gegen dieses Erkenntnis hat aber der Angeklagte rechtzeitig ohne Anführung neuer bescheimigter Thatsachen das Rechtsmittel des Rekurses eingelegt, welches auch für begründet zu achten ist.

Denn der von dem Polizeirichter zur Anwendung gebrachte § 10 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 ist durch die §§ 43 und 148 Nr. 5 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 dahin abgeändert, daß nur das gewerbmäßige Ausdrufen, Verkaufen, Vertheilen oder Anschlagen von Druckschriften an öffentlichen Orten ohne Erlaubnis der Orts-Polizei-Behörde mit Strafe bedroht ist. Es ist dies auch in der Ministerial-Instruktion zur Ausführung der Gewerbeordnung vom 4. September 1869 (Ministerialblatt f. d. Verwaltung, 1869, S. 202, und Amtsblatt der Regierung zu Magdeburg, 1869, S. 233) sub Nr. 10 ausgeführt. Der Polizeirichter hat demnach ein Gesetz unrichtig angewendet, weshalb nach Artikel 107 und 102 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 das Urtheil erster Instanz an einer Unrichtigkeit leidet und aufzuheben war. Da nun gar nicht behauptet ist, auch nach den bisherigen Verhandlungen nicht angenommen werden kann, daß der Angeklagte gewerbmäßig am 19. September 1873 die erwähnte Druckschrift vertheilt habe, das nicht gewerbmäßige Vertheilen einer Druckschrift aber nach § 43 und 148 Nr. 5 der Gewerbeordnung nicht strafbar ist, so mußte der Angeklagte von der gegen ihn in erster Instanz erkannten Strafe, sowie nach § 178 der Verordnung vom 3. Januar 1849 auch von Kosten freigesprochen werden.

Rechtlich angefertigt unter Gerichtssiegel und Unterschrift. Halberstadt, den 8. Januar 1874.

Königliches Appellationsgericht, Abtheilung zur Entscheidung der Rekurse in Uebertretungssachen.

(L. S.)

?

Strasburg, 28. Februar. (Ausweisung wegen Mangels an Bismarckbegeisterung.) Am 27. Februar früh wurde ich von einem Wächter der preussischen Volksbegleitung aus meiner Wohnung abgeholt und in dieser mir so schmeichelhaften Begleitung zu einem jener Institute, die die Einheit Deutschlands verkörpern, nämlich zur Polizei geführt, wo mir angekündigt wurde, daß ich Elsaß-Lothringen binnen 48 Stunden zu verlassen habe. — Auf meine Frage, was für Motive dieser weisen, im Interesse des Staates und der Menschheit erlassenen Verordnung zu Grunde läge, erhielt ich die gewiß sehr bescheidene Antwort: „Wegen Ihrer politischen Thätigkeit! Mein Entschluß, die Gründe genauer und schriftlich zu präzisieren, wurde kurzweg verweigert (ich hätte doch so gerne ein theures Andenken, ein Albumblatt der preussischen Polizei von hier mitgenommen!). Gründe hatte auch freilich außer Staatsdrehung überhaupt — das Oberpräsidium für diese Handlung nicht, denn ich habe bisher außer einer Rede während der Wahlbewegung nur gewerbliche Vorträge in den Mitglieder-Versammlungen gehalten, welche nicht einmal von dem amtlichen Organ, der „Strasburger Zeitung“ als gefährlich betrachtet worden sind; aber man hat in mir einen, der einmal unangenehm werden könnte gewollt, (für einen preussischen Oberpräsidenten Grund genug, einem Individuum gegenüber, das sich Mangel an Begeisterung für die soliden Prinzipien des genialen Staatsmannes zu Schulden kommen ließ,) und da ich ja auch — o weh — Ausländer bin, kurzen Prozeß mit mir gemacht. Morgen mit dem Frühesten werde ich das „neue Reichsland“ verlassen; ich bin vor der Hand ohne Arbeit und Deutschland ist — gerettet! Allen Genossen von Strasburg ein herzliches Lebewohl und meinen innigsten Dank für die mir zu Theil gewordene Reiseunterstützung. Ich begibe mich nach Zürich. Mit sozialdemokratischem Gruß Alois Lindorfer.

Zum dritten Wahlfeldzuge im Leipziger Landkreis.

(Fortsetzung.)

Das „technische Genie“, Herr Dr. Heine, scheint sich Karl den Großen zum Vorbild genommen zu haben. Wie jener fränkische Fürst einst den Rhein und die Donau verband, so sucht Herr Heine Saale und Elbe durch einen Kanal zu verbinden. Der Unterschied ist dabei nur der, daß der große Karl das Geld hatte, um ein solches Unternehmen ausführen zu können, während es der große Heine nicht hat. Und daher die Reichstagscandidatur. Denn wer wollte die Winkeln mit dem Baupfahl nicht verstehen, die ein bezahlter oder unbezahlter Kanalwärmer im „Leipziger Tageblatt“ ohne Unterlaß gibt? Der pflegt den Kanalbau als das rentabelste Unternehmen der Welt hinzustellen. Aber es fehlt am Besten und deshalb muß der „Unternehmer“ in den Reichstag. Dort, im Verein mit geübten andern Gründern, wird sich schon machen und eines Tags werden wir schon die marxistische Projekte lesen, welche verkünden, daß sich eine Aktiengesellschaft constituirt hat, welche den Kanalbau zwischen Saale und Elbe betreibt. Und wie hübsch wird es sich dann ausnehmen, wenn unter diesen Prospekten Herr Heine sich als „Reichstagsabge-

ordneter“ aufspielen kann und wie leicht werden sich brave Spießbürger durch diesen Titel überlassen lassen!

Das ist des Pudels Kern bei der Heine'schen Kandidatur. Eine Niederlage bei der Wahl wäre zugleich das Todesurtheil für das Kanalbauunternehmen gewesen.

Oder sollte es wirklich Leute geben, die bornirt genug wären, zu glauben, daß Herr Heine, der brave Mann, wirklich nur „für des Volkes Wohl“, wie er so rührend zu sagen verstand, in den Reichstag gehen wolle? Die Armen! Für den Mann hieß es: „Keine Wahl, keinen Kanal!“ Und er ist sehr pfliffig gewesen. Bei der ersten Wahl ließ er sich von den conservativen „Reichsfeinden“ Friesen auf Kötha und Hohenthal in Knauthain wacker unterstützen und Herr von Friesen soll schon beim ersten Mal 800 Thlr. abgesteuert haben. Bei der dritten Wahl mußte Heine die Stimmen der Nationalliberalen haben und plapperte deshalb so etwas wie von Schulze-Dehlig und „Fortschritt“. Nun zogen sich Friesen und Hohenthal zurück, aber die Stimmen der Nationalliberalen waren gesichert.

Hört man die Heine'sche Clique, so hat Heine sein ganzes Leben nur für das „Wohl der Arbeiter“ gearbeitet. In der That: „Ich würde Sie Alle gern zu Beesseck einladen!“ rief Heine den Arbeitern zu Kleinschöcher zu. Simson hat zwar tausend Philister mit einem Gelskinnbade erschlagen, aber das war über 1000 Jahre vor Christi Geburt. Deshalb braucht sich Herr Heine nicht einzubilden, mit solchen albernen Phrasen die Arbeiter über zu können.

Es wurde uns erzählt, daß die Arbeiter, welche beim Kanalbau die ausgegrabene Erde wegführen, die Karre mit 3 Pfennigen bezahlt bekamen. Eines Tages versprach Heine einem solchen Karrenführer einige Glas Bier extra, wenn er so viele Fuhrten verrichtete, als ihm nur möglich wäre. Der arme Mann quälte sich furchtbar und brachte wirklich die Anzahl der Fuhrten ziemlich weit über die gewöhnliche Höhe. Er erhielt sein Bier und — am nächsten Tage ward der Preis für die Fuhr Erde herabgesetzt, denn „wenn die Leute nur wollen, dann können sie ja mehr leisten.“ So hat man uns erzählt, und Herr Heine muß ja wohl wissen, ob die Sache wahr ist oder nicht. Das sind wohl Heine'sche „Beessecks“.

Andere Prozis übten die Heine'schen „Agitatoren“. Während man in Naunhof jedem Stimmentel für Heine, der ausgeheilt wurde, gleich eine Cigarre beilegte, meinte Herr Uhlig, der Gemeindevorstand von Plagwitz, die Arbeiter müßten Heine wählen, weil er ihnen „Brod gegeben“ hätte. Der Heine gibt die Beesseck, der Uhlig das Brod, die Naunhofer die Cigarren dazu. Das Andere besorgte Herr Engler, der verblühte Schulmeister von Plagwitz, welcher hoch und theuer versicherte, daß Heine ein Volkseind sei, und der Rarrenrath Sparig besorgte das Schimpfen über Brade und Commune, deren „Gruel“ er selbst mit angesehen haben will. Um den Letzteren hängt uns ordentlich; der Mensch glaubt, es sei alle Tage Carnaval. Herr Uhlig kränzte das Gebäude, indem er unsere Parteigenossen Quenzel, der Wähler in Plagwitz ist, durch die Polizei aus dem Wahllokale treiben ließ mit den Worten: „Schmeißen Sie diesen Menschen da hinaus!“ Herr Uhlig ist einst „Volkseind“, d. h. Lehrer gewesen. Was seine Bildung der Grund, daß er es nicht mehr ist, oder etwas Anderes?

Zu Knauthain hat Brade nach dem offiziellen Resultat acht Stimmen erhalten. Unsere Gesinnungsgenossen daselbst waren nicht wenig erstaunt; wußten sie doch, daß Brade weit mehr Stimmen gewiß waren. Es wurden Unterschriften von Wählern Brade's gesammelt und es haben sich bereits elf unterschrieben, die Brade gewählt haben. Die Sache wird weiter verfolgt und constatirt werden, ob hier ein Betrug vorliegt oder nicht. Es wird vielfach gesagt, daß noch mehrere Arbeiter Brade gewählt hätten, aber aus Furcht vor Maßregelung ihre Unterschrift nicht hergeben wollten. Eine Versammlung, in welcher die Sache besprochen werden sollte, kam durch die Vorbühlichkeit des Wirthes nicht zu Stande. Wenn nun hier ein Betrug vorliegt, so dürfen wir wohl mit vollem Rechte schließen: Scheut man sich in Knauthain vor solchen Dingen nicht, so scheut man sich auch an andern Orten nicht. Und wie viele Stimmen mögen uns dann überhaupt auf diesem Wege verloren gegangen sein?

Der Sonnabend, der 28. Februar, der für den Arbeiter zugleich Wahl- und Lohntag war, hat uns viele Stimmen entzogen. Die Arbeiter hatten nicht Zeit, ihre Staatsbürgerpflicht zu erfüllen. Dieser Termin hat hauptsächlich unsere Niederlage verschuldet. Verlieren wir darüber kein Wort weiter, wir wissen, daß Jedermann sich aus dieser Thatsache klar werden kann, was der Begriff „Wahlrecht“ im heutigen Staate für die Arbeiterklasse bedeutet.

Und — was nun? (Schluß folgt.)

*) Der weiß erst recht, was gut schmeckt! Bei der Hochkühlen in der Villa Seckre ging's seiner Zeit in dieser Beziehung hoch her, nicht wahr, Herr Engler?!

Briefkasten

der Redaktion. J. R. in Hamburg: Erhalten. Wird bemut. Dank! A. J. in Elberfeld: Nicht verwendbar. H. J. in Hamburg: Wird verwendet. Dank! E. L. in Hünstein: Besorgt. R. hat „des Königs Rod“ anziehen müssen. G. R. in Berlin: Erhalten. Mehrere Abonnenten am Bodensee: Anonyme Zuschriften habes in solchen Angelegenheiten keinen Zweck. B. in Hamburg: Den Auftrag: „Anschichten eines Sozialdemokraten über die offene Antwort an Kaplan Hodoß“ haben wir dem Ausfuhr überhandt. Kgl. Gerichtsam Reichsbach: Daß die Redaktion des „Volkshaar“ verpflichtet ist, Ihnen ein Beleg-Exemplar zu liefern, davon erinnern wir uns nicht in dem betreffenden Erkenntnis etwas gelesen zu haben. J. D. in Stogburg: Erhalten. Erscheint demnächst. Correchar folgt. Besten Dank und Gruß! der Expedition. S. A. F. hier Kun. Thlr. 1. 24. Metz. Colbig Schriften 27 Gr. Schr. hier Abona. Thlr. 1. 8. D. Stfr. Neuburg Abona. 8 Thlr. A. Litzman. Berlin Schrift 8 Thlr., Abona. Februar Thlr. 2. 2. Wfl. Rotterdam Abon. 1. u. 2. D. 3 Thlr. S. Wfl. Sonnenberg Schrift. 4 Gr. Arb.-Berein Groß-Bischöfer Anon. 18 Gr. S. Baka. Abon. 1. D. 16 Gr. Pl. hier Ab. März 6 Gr. Ks. Magdeburg Schrift. 10 Gr. Ksch. hier Ab. März 6 Gr. S. Hfl. Bartenhaus Schrift. 10 Gr. Bghm. Großenhain Schrift. Thlr. 2. 19. 6. B. Braun-schweig Schrift. Thlr. 1. 10. Bghm. hier Schrift. Gr. 8. 2. Arb.-Bld.-Berein hier Anon. 10 Gr. Ed. Hfl. hier Schrift. Thlr. 1. 20. S. Sman. Altona Abon. 4. D. Thlr. 12. 14. S. Schrift. Chicago Abon. 4. D. Thlr. 49. 29. 1. J. Widm. Ronneburg Schrift. 18 Gr. Polj-arbeitergewerkschaft Hamburg Anon. 6 Gr. C. Henkel Berlin: Die Angelegenheit wegen der Annonce Tischler-Verein im August beruht auf einer Verwechslung, ist nunmehr geordnet. Bänderverein Berlin u. J. Simbel Frankfurt a. M.: Ihre Annoncen kamen leider für die Nr. 28 zu spät. Bartholdi Mitweida: Das Expl. S. St. wird an Frz. gesandt.

Reichstagswahlfond.

Gesammelt in der Schriftleiter R. und S. hier Thlr. 1 5. Dr. R. hier 1 Thlr. Gesammelt bei der ges. Zusammenkunft des soz. dem. Arbeitervereins in Leipzig Thlr. 1 6 6. S. J. Perdt hier 1 Thlr. S. Schps hier Liste 953 Thlr. 1 18. Aus der Werkstelle der Glasergewerkschaft Thlr. 2 20. Nr. 955.

Fond für pol. Gemafregelte. Gesammelt im Arbeiterbildungsverein zu Leipzig Thlr. 3 8 8, v. L. B. 5 Gr.

Genossenschaftsbuchdruckerei. Antheilscheine bez. Antheilsantheilen erhielten neu: In Leipzig: B. S. Thlr. 1, in Altona: J. W. E. Gnthr durch Umver. 6 Thlr.

Mugsburg Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Samstag, den 14. März, Abends 8 Uhr: Versammlung in der Schäferhalle. J. W.: G. Stollberg.

Altona Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Donnerstag, den 12. März, Abends 8 Uhr: Versammlung im Schuhmacher-Anthaus. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend nöthig. D. B.

Berlin Sonnabend, den 14. März, Abends 8 Uhr, Königshöhe, Greifswalderstraße 8: Großes allgemeines Arbeiter-Fest. Das Fest-Comité. Kein Parteigenosse darf fehlen. Aufstellung großartiger Transparents.

Hamburg Gewerkschaft der Holzarbeiter. Mittwoch, den 11. März, Abends 9 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Eckhardt, Schoppensteil 22. — Tagesordnung: Die Lohnbestrebung der Segelmacher, Bäder und Coersführer. Ref: Jord. Der Bevollm.

Leipzig Sonntag, den 15. März, Nachmittag halb 5 Uhr: Gemeinshafliche Sitzung der Wahlcomité's des 12. u. 13. Wahlkreises im Arbeiterbildungsverein. — Tagesordnung: 1) Rechnungablage. 2) Revisoren-Wahl.

Leipzig Donnerstag, den 12. d. M., Abends 8 Uhr: Versamml. der Gewerkschaftsvorstände bei Zedler, gr. Windmühlenstraße 7. Das Erscheinen Aller ist notwendig. D. B.

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 13. März, Abends 8 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Soz.-pol. Wochenbericht. Referent Ranscher. D. Reichstag und die Debatte über das Impfgesetz. Referent Hüblich. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Mittwoch, den 11. März, Abends 8 Uhr: Vorstandssitzung bei Winkler, kl. Windmühlenstraße 10. — Das Erscheinen sämtlicher Verbandmitglieder sowie der Revisoren wird erwartet. W. F. in l. Vorsitzender.

Pfeifenspißen in allen Sorten empfiehlt zur geneigten Annahme und bittet alle Parteigenossen bei Bedarf um freundliche Berücksichtigung. Kahl. Johann Kadel.

Die Parteimitgliedschaften und Gesinnungsgenossen der Provinz Brandenburg werden zu einer Besprechung den 15. März Abends bei Garrus, Prinzenstraße 72, eingeladen. — Die Ortskassen, welche keinen Delegirten senden, ersuche um einen schriftlichen Bericht unter meiner Adresse. Am Tage vorher, 14. März, findet unser Arbeiterfest statt, wozu selbstverständlich eingeladen wird. — Parteigenossen, doch unsere Organisation! Berlin. A. Feinisch, Beiratsanw., Lindenstr. 11.

Der deutsche Arbeiterverein zu Lausanne sühnt sich veranlaßt, allen Arbeitervereinen vor einem gemeinen Schwindler und Betrüger, Julius Schleifer, Schreiner, aus Rindheim, Baden, zu warnen, indem er die Spize-Affiliation, sowie verschiedene andere Kassen, um eine beträchtliche Summe betrogen hat. Der Vorstand.

Anfrage an Herrn Joseph Dittrich im Fodenbach a. d. Elbe. Ist der recomandirte Brief von mir angekommen? Bitte umgehend um Antwort. Kall b. Eöln. Gerhard Blum, Hauptstraße 52.

Zur Beachtung!

Die Inhaber der Wahlford-Sammellisten Nr. 297, 1302, 1304, 1305, 1307, 1398, 1399 und 1400 werden dringend gebeten, dieselben, gleichviel ob Beiträge darauf gezeichnet sind oder nicht, bis Sonnabend, den 14. d. M., an die Expedition des „Volkshaar“ oder an mich gelangen zu lassen. Carl Hofmann, Peterssteinweg Nr. 50, Dolge u. Co.

Aufforderung!

Die Inhaber der Sammellisten Nr. 954, 956—960, 1064—1067 und 1077 wollen dieselben mit den gezeichneten Beiträgen freundlichst an mich einliefern. W. F. in l. Exp. d. „V.“ (Sa) Leipzig, den 3. März 1874.

Die Parteigenossen von Pörsch, Constan, Wm, Ravensburg, Giengen, Teitnang werden ersucht, an Unterzeichneten umgehend die Adressen der Vertrauensmänner einzusenden zu wollen. Theodor Burdhardt, Kolograph, Halenbergrstr. 18 III. Stuttgart.

Bekanntmachung!

Hiermit zur Kenntnis aller Gewerkschafts-Genossen, welche in Bremerhafen, Secken münde, Seckendorf oder Lede ingereist kommen und Reiseunterstützung empfangen wollen, daß ich Mittags von 12 bis 1 Uhr und Abends von 6 Uhr an (ausgenommen Montags Abends) zu treffen bin. Johann Saly, Bev. der Metallarbeiter-Genossenschaft zu Bremerhafen, wohnhaft zu Seckendorf, Thornstraße 110. [2a]

In einigen Tagen erscheint: Kapital und Arbeit. Ein populärer Auszug aus: „Das Kapital“ von Karl Marx, von Johann Wolf. Preis 5 Sgr., in Partien billiger.

Zu beziehen durch die Expeditionen aller Parteiblätter und durch alle Buchhandlungen. Wir machen alle Parteigenossen auf die Jedermann verständliche Schrift aufmerksam und empfehlen einem Jeden deren Anschaffung. Die Expedition der „Chemnitzer Freie Presse“.

Arbeits-Hosen.

Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr. Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr. Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr. Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr. Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27 1/2 Sgr. empfiehlt

Louis Guttmann No. 24 Grimmaische Strasse No. 24.

Leipzig: Swantw. Redakteur: R. Preißer. (Redaktion u. Expedition Beizerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.